

**Dr. Inge Gräßle**

Mitglied des Europäischen Parlaments · Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses

**Pressemitteilung · 14.03.2018**

## **Europaparlament bewilligt Hilfen für entlassene Goodyear-Mitarbeiter**

Mit einer sehr breiten Mehrheit von 607 Ja-Stimmen hat das Europaparlament heute Hilfen von 2,2 Millionen Euro für die 646 Mitarbeiter bewilligt, die von der Schließung der Goodyear-Reifenfabrik in Philippsburg (Landkreis Karlsruhe) betroffenen sind. Die Abgeordneten folgten damit der Empfehlung der Heidenheimer Europaabgeordneten Inge Gräßle (CDU), die als baden-württembergisches Mitglied im Haushaltsausschuss für den Bericht zur Ausschüttung der Hilfsgelder verantwortlich zeichnete.

Die Gelder stammen aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) und werden den bereits bestehenden Sozialplan ergänzen. Goodyear hatte im Oktober 2016 die Schließung des Werkes angekündigt, seit Juli 2017 ist die Produktion eingestellt. Laut dem US-amerikanischen Reifenhersteller ist die Nachfrage nach den in Philippsburg produzierten kleinen PKW-Reifen eingebrochen, nicht zuletzt wegen der asiatischen Reifenproduzenten, die in den letzten Jahren erhebliche Marktanteile erobert haben.

Bereits im Februar trafen Inge Gräßle und ihr Kollege Daniel Caspary, CDU-Europaabgeordneter aus Nordbaden, den Betriebsratsvorsitzenden des Philippsburger Werks, Horst Haag (Foto). „Mir war es wichtig, aus erster Hand zu erfahren, wo für die Mitarbeiter die Prioritäten liegen, damit die Hilfen auch dort ankommen, wo sie am sinnvollsten eingesetzt sind“, so Gräßle. Die EGF-Gelder dienen unter anderem zur Finanzierung von Weiterbildungen, Umschulungen und Beratungsdienstleistungen.

„Im Gespräch mit dem Betriebsratschef Herrn Haag hat sich gezeigt, dass es nach wie vor einen Finanzierungsbedarf für Hilfen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt gibt, insbesondere für die rund 300 ungelernen Arbeitskräfte und die 170 älteren Mitarbeiter“, hält Gräßle fest: „Das Parlament hat heute meine Empfehlung unterstützt, dass die aus dem EGF finanzierten Maßnahmen diese auf dem Arbeitsmarkt benachteiligten Gruppen besonders im Blick haben sollten.“

*Bildunterschrift (v.l.n.r.): Horst Haag, Daniel Caspary MdEP, Dr. Inge Gräßle MdEP*